Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 M., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 100 Pfg., von auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 142 | Montag, den 21. Juni 1920 | 11. Jahrgang

Kabinett Fehrenbach scheint gesichert.

Deutschlands ungelöste Kabinetts-Krise

lastet schwer auf dem politischen und sozialen Leben des Reiches. Die Verhandlungen gehen weiter und drehen sich in der Hauptsache noch immer um die Stellungnahme der Demokraten. Die demokratische Reichstagsfraktion hat auf Grund neuer Verhandlungen zwischen dem als Reichskanzler in Aussicht genommenen Präsidenten Fehrenbach und dem Fraktionsführer Dr. Petersen ihre Beratungen am Sonnabend fortgesetzt. Ebenso wie in den vorhergegangenen Sitzungen wurde auch in dieser als erste Voraussetzung für den Eintritt in die neue Regierung gefordert, daß ihre Tätigkeit sich klar und unzweideutig auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform aufbaut. Die weitere Aussprache war vertraulich.

Die Verhandlungen zwischen Fehrenbach und den Parteiführern gelten den Berliner Abendblättern von Sonnabend zufolge als soweit gediehen, daß man von einer Lösung der Krise sprechen könne. Die Demokraten sollen durch die Erklärung der deutschen Volkspartei befriedigt sein. Diese hat nach dem „Berl. Tagebl." erklärt, daß sie sich auf den Boden der Verfassung stelle und von einer monarchistischen Agitation innerhalb der Regierung oder der Koalition absehen werde. Die sozialdemokratische Fraktion wird nach einer Mitteilung des genannten Blattes der neuen Regierung voraussichtlich ein, wenn auch bedingtes Vertrauensvotum erteilen, um ihr parlamentarisch die Möglichkeit einer einigermaßen gesicherten Stellung für die nächste Zeit zu geben. Die Deutschnationalen seien entschlossen, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen in Spa, eine ähnliche Haltung wie die Sozialdemokratie einzunehmen.

Nach der „Vossischen Zeitung" sollen die Demokraten ihren Eintritt von folgenden drei Voraussetzungen abhängig gemacht haben:

1. daß die Deutsche Volkspartei sich auf den Boden der Weimarer Verfassung stelle und sich bereit erkläre, diese Verfassung zu verteidigen;
2. daß bei der Besetzung der Portefeuilles in der neuen Regierung von den anderen Parteien keine Persönlichkeiten vorgeschlagen werden, die sich in einem allzu starken politischen Gegensatz zu den Demokraten befinden;
3. daß von den Mehrheitssozialisten die Zusicherung erlangt werde, daß sie im Reichstage ein Vertrauensvotum für die neue Regierung ermöglichen würden.

Wie der „Vorwärts" gestern früh mitteilt, schwebten zwischen Demokraten und Volksparteilern nach Erörterungen über die Stilisierung des Punktes im Regierungsprogramm, der vom Schutz der Republik handelt. Es ist anzunehmen, daß diese Erörterungen abgeschlossen werden und **daß dann am Montag die Ernennung eines aus Demokraten, Zentrum und Volksparteilern bestehenden Kabinetts mit Fehrenbach an der Spitze erfolgen wird.**

Die Deutsche Demokratische Partei beruft ihren Parteiausschuß auf nächsten Dienstag nach Berlin ins Reichstagsgebäude zur Stellungnahme zur politischen Lage.

Amerikas Abstimmung über Versailles.

Washington, 18. Juni. (Reuter.) Der republikanische Präsidentschaftskandidat Harding hat Wilsons Herausforderung, den Friedensvertrag der Abstimmung des amerikanischen Volkes zu unterwerfen, angenommen. Er sagte, es sei sicher, daß die Haltung der Republikaner in der Frage der auswärtigen Beziehungen Amerikas von der überwiegend größten Mehrheit des Volkes unterstützt werden wird.

Washington, 18. Juni. (Reuter.) Hoover hat bekanntgegeben, daß er bei Wilson die Republikaner unterstützen wird. Er bezeichnet das republikanische Programm als aufbauend und fortschrittlich.

Japan zur Rückgabe von Kiautschau.

Tokio, 18. Juni. Japan veröffentlicht den Inhalt einer am 14. Juni an China gerichteten Note. Darin wird wiederholt gesagt, daß Japan wünsche, Verhandlungen über die Rückgabe von Kiautschou an China einzuleiten. Japan sei zur Rückgabe dieses Gebiets und zur Zurückziehung der Truppen bereit. Die Note erinnert daran, daß China vor dem Versailler Frieden in die Uebertragung von Schantung an Japan eingewilligt hat. Die Rückgabe von Kiautschou an China würde an den Bestimmungen des Versailler Vertrages nichts ändern.

Spa wieder auf 15. Juli verschoben.

Paris, 19. Juni. Laut „Echo de Paris" wird die **Verschiebung der Konferenz in Spa auf den 15. Juli wegen der Schwierigkeiten der Kabinettsbildung in Deutschland** bestätigt. **Zur Konferenz in Boulogne berichtet „Matin", man scheine sich entschlossen zu haben, die deutsche Armee auf 100 000 Mann zu beschränken.**

Neuwahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 18. Juni. Wie „Politiken" meldet, hat die dänische Regierung gestern beschlossen, den Reichstag in einigen Tagen aufzulösen. Die nächsten Folkethingswahlen werden am 6. Juli abgehalten. Hiernach scheint die Regierung damit zu rechnen, daß es noch mehr als einen Monat dauern wird, ehe die Verhandlungen mit Deutschland abgeschlossen sind und die Souveränität über die erste Zone Nordschleswigs an Dänemark übergehen kann.

Die Mängel des Völkerbundes.

Rotterdam, 19. Juni. Wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" aus London meldet, hat Lloyd George in seiner Antwort an den Bund zur Beseitigung des Krieges weiter gesagt: Rußland hat sich bereits geweigert, eine Abordnung des Völkerbundes zu empfangen. **Die drei Großmächte haben alle möglichen Vorstellungen an Polen gerichtet.** Nach den Bestimmungen des Völkerbundes kann aber wirtschaftlicher Druck erst dann angewendet werden, wenn erwiesen ist, daß Polen Unrecht hat. **Frankreich kann keine Hilfe leisten. Es räumt bereits Cilicien, weil es nicht genug Truppen hat, um sich dort und in Syrien zugleich zu behaupten.** Wir selbst haben an Konstantinopel, Mesopotamien und Palästina alle Hände voll zu tun. Italien hat soviel Schwierigkeiten wie nur möglich. **Amerika hält sich abseits.** Wir würden kein Bataillon für den Völkerbund hergeben können, weil besondere Schwierigkeiten verhindern, daß der Völkerbund voll in Tätigkeit trete. Erstens könnten die europäischen Großmächte keine hinreichende Streitmacht stellen. Zweitens habe sich die einzige Großmacht, die keine solche Schwierigkeiten habe, zurückgezogen. **Augenblicklich aber hat es keinen Zweck,** mit Amerika in einen Gedankenaustausch einzutreten, denn keine der beiden politischen Parteien Amerikas würde sich jetzt binden. Einstmals wird der Bund bestimmtere Pflichten auf sich nehmen können, aber dies jetzt herbeizuführen, würde ein Fehler sein.

Gompers für den Völkerbund.

Auf dem Kongreß der amerikanischen Arbeitervereinigungen in Montreal hat der Delegierte des englischen Gewerkschaftskongresses, Ogden, vorgeschlagen, die Arbeiter der ganzen Welt so zu organisieren, daß sie in die Lage kämen, neue Kriege verhindern zu können. Ferner erklärte er, daß die englischen Arbeiter nichts von einer Internationale wissen wollen, wie sie die Bolschewisten vorschlügen. Man würde nur eine Internationale anerkennen, die auf Macht und Gesetz beruhe. Gompers sprach nach Ogden. Er sagte, es sei ein Jammer, daß die Vereinigten Staaten den Völkerbund nicht ratifizieren. Wenn die Völkerbundsfrage dem amerikanischen Volk zur Entscheidung übergeben werde ohne irgend welche Nebenfragen, dann würde sie mit überwältigender Mehrheit bejaht werden.

Der Völkerbund zur persisch-russischen Frage.

Am 16. Juni ist das Ergebnis der Beratungen des Völkerbundes in der persisch-russischen Friedensfrage bekanntgegeben worden. Es verlautet, daß der Völkerbund den persischen Minister des Aeußern, den Prinzen Firuz, aufgefordert habe, die direkten Besprechungen, die dieser selbst mit Rußland eingeleitet habe, fortzusetzen, da die Rolle als Schiedsrichter es dem Völkerbund gegenwärtig nicht erlaube, in diesen Streitfall einzugreifen. Weiter verlautet, daß Persien und Rußland auf Grund folgender Vorschläge verhandeln: Die Bolschewisten räumen Enseli und verpflichten sich, Persien nicht mehr anzugreifen. Dagegen übernimmt Persien die Verpflichtung, fortan neutral zu bleiben und Angriffe auswärtiger Mächte gegenüber Rußland, welche über persisches Gebiet führen, nicht zu dulden.

Die Stadtverordnetenwahlen in Groß-Berlin.

Berlin, 20. Juni. (W. B.) In 1468 Wahllokalen fanden heute die Wahlen zur ersten Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksversammlungen des neuen Großberlins statt. Die Wahlbeteiligung war anscheinend verhältnismäßig gering. Es dürften etwa 55 bis 60 Prozent der Wähler sich beteiligt haben. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen. Ein Ueberblick über das Ergebnis der Wahlen vor morgen vormittag schwerlich zu erlangen.

Irland macht sich selbständig.

Rotterdam, 19. Juni. (W. B.) Das offizielle Organ der Sinnfeiner meldet, daß die irischen Freiwilligen zwischen dem 8. und 15. Juni „84 Verhaftungen" vorgenommen haben. Es seien nunmehr 41 republikanische Gerichte in Tätigkeit.

Ein Riesenbrand in Kowno.

Kopenhagen, 19. Juni. Laut Meldung der „Berlingske Tidende" aus Kowno sind infolge des gestrigen Riesenbrandes gegen 10 000 Menschen obdachlos.

Zwangswirtschaft und freier Handel.

Von Dr. Artur Grünspon.

II.

Wie die Durchführung der Ernährungswirtschaft des Freistaatgebietes für die neue Ernte gedacht ist, mögen folgende Ausführungen zeigen:

1. Vieh und Fleisch:

Besonders stark ist das Drängen nach Aufhebung der Zwangswirtschaft beim Vieh und Fleisch. Tatsächlich hat sich eine völlige Zwangswirtschaft gerade auf diesem Gebiet niemals erreichen lassen. Sie hat auch namentlich bei der Schweineproduktion hemmend gewirkt. Dennoch muß eine völlige Freigabe und ein Absehen von jeder behördlichen Regelung auf diesem Gebiete zurzeit noch für ausgeschlossen gelten. Nach von der polnischen Regierung eingeholten Berichten hat sich dort die völlige Freigabe von Vieh und Fleisch nicht bewährt. Allerdings hat hier der starke Kriegsbedarf besondere Verhältnisse geschaffen; aber auch einzelne Staroste in der Nähe Danzigs warnen nach ihren Erfahrungen dringend vor der Freigabe. Die Preise sind stark gestiegen, was die Förderung der Produktion wiederum sehr stark angeregt hat. Diese kann aber nur gesteigert worden sein auf Grund der Ablieferung von Gerste und Kartoffeln. Man hat daher allerhand Verordnungen wieder eingeführt, so insbesondere Höchstpreise im Kleinhandel, das Verbot von Herstellung von Dauerware und ähnliches mehr. Der Erfolg ist, daß, wie früher, Fleisch nicht zu den Höchstpreisen, sondern nur hintenrum zu weit höheren Preisen zu haben ist. Diese Erfahrungen schrecken von der Freigabe ab. Aehnliche Erscheinungen werden sich, wenn jetzt in Danzig die Schweine freigegeben werden, auch hier zeigen. Es kann daher eine Freigabe in Danzig nur in Frage kommen, wenn der öffentlichen Hand noch andere Mittel als Höchstpreisvorschriften zur Regulierung des Marktes zur Verfügung stehen. Da die öffentliche Bewirtschaftung des Fleisches so wie sie bisher war, nicht bleiben konnte, da sie namentlich Schweinefleisch fast gar nicht mehr zur Verteilung brachte, hat sich das Wirtschaftsamt entschlossen, die Schweine in Kurzem freizugeben, die Preise durch eine Ratierungskommission regeln zu lassen, im übrigen aber den Markt zu regulieren einmal durch eine strenge Bewirtschaftung der Rinder, die sehr viel schwerer im Schleichhandel zu schlachten sind als Schweine und dann durch Zuführen von Auslandsfleisch. Für diese Zufuhren hat der Beirat des Wirtschaftsamtes einen Kredit von 5 Millionen Mark bewilligt. Auch besteht ein Schweinelieferungsvertrag mit Polen. Die Bewirtschaftung der Rinder soll auf Grund von Rindviehkatastern stattfinden. Namentlich im Herbst, wenn der Weidegang aufhört, wird ein Abgang von Rindern zu verzeichnen sein. Bis dahin wird der notwendige Rindfleischbedarf vielleicht durch Zwangsumlage aufgebracht werden müssen. Schweinefleisch wird öffentlich nicht nur auf Grund der Auslandszufuhr zur Verteilung kommen, sondern auch auf Grund von Schweinemastverträgen, die das Wirtschaftsamt mit Mästern abgeschlossen hat und die auf Grund der neuen Gerstenernte, die vollständig beschlagnahmt bleibt, noch weiterhin abgeschlossen werden. Dauerware bleibt nach wie vor verboten. Zum Schweinekauf bedarf es der Erlaubnis einer Zulassungsstelle beim Wirtschaftsamt, die nur zuverlässigen Personen erteilt wird. Wenn dann noch die Gerichte, bei Uebertretungen schnellere Arbeit machen würden und auf wirklich empfindliche Strafen erkennen wollten, kann eine Besserung der Verhältnisse erhofft werden. Jedenfalls kann durch die Freigabe der Schweine, die sowohl im Rücksicht auf Verbraucher als Erzeuger nicht länger zu umgehen war, eine Verschlechterung der gegenwärtigen Verhältnisse nicht mehr eintreten.

Gegenwärtig hat Deutschland eine erhebliche Erhöhung der Viehpreise durchgeführt, die wir in Danzig, wo wir höhere Produktionskosten haben als im Deutschen Reiche, mitmachen müssen.

Ob die Fleischkarte bestehen bleiben wird, wird zurzeit noch geprüft; eine Vereinfachung im Kartensystem ist sowohl für die Hausfrauen wie für die Verwaltung sehr erwünscht, für letztere schon wegen der Kostenersparnis.

2. Brotgetreide, Hafer und Gerste:

Da die Freistadternte den vollen Brotbedarf der Freistadt kaum decken wird, und neben dem ohnehin erforderlichen Austausch von Weizen gegen Roggen noch ein Zuschuß aus Pommerellen erforderlich sein wird, kann an eine Freigabe nicht gedacht werden. Automatisch muß die Beschlagnahme von Weizen und Roggen die von Hafer und Gerste im Gefolge haben, weil nach den bisherigen Erfahrungen viele Landwirte der Versuchung unterliegen, Hafer und Gerste vollständig zu verkaufen und Brotgetreide zu verfüttern. Es wird bei Hafer und Gerste dem Landwirt zwar der eigene Bedarf vollständig zu belassen sein, jeder Verkehr über die eigene Wirtschaft hinaus muß jedoch verboten bleiben. Die Ueberschüsse müssen restlos in die öffentliche Hand. Eine Beschränkung des Selbstverbrauchs bei Hafer und Gerste erscheint nicht richtig, weil sie doch nicht zu kontrollieren ist und weil wir das Brot mit Gerstenmehl

nicht zu strecken brauchen. Der Bedarf zur Herstellung von Hafer- und Gerstennährmitteln ist nicht so groß, als daß er eine Beschränkung im Selbstverbrauch der Landwirte gebietet. Es werden auch so noch erhebliche Ueberschüsse in die öffentliche Hand kommen, die in erster Linie soweit es sich um Gerste handelt, zum Abschluß von Schweinemastverträgen dienen müssen. Diese Verträge hängen wesentlich davon ab, ob es gelingen wird, Läufer-schweine aus Ostpreußen und Polen einzuführen. Um den Bedarf der Nährmittel und Maltverträge auf alle Fälle sicherzustellen, wird den Verbrauchern eine Mindestbelastung immerhin auferlegen sein.

Die Notwendigkeit, Hafer und Gerste in der Zwangswirtschaft zu behalten, hat auch zur Folge, sie im Preise mit dem Brotgetreide gleichzustellen, eine geringere Bewertung ist nicht gut möglich, bei einer anderen Bewertung würde die Frucht ausgeführt und die billigere namentlich das Brotgetreide verfüttert. Was nun die Preise anbelangt, so ist es natürlich noch nicht möglich, bestimmte Sätze zu nennen, welche der Deutsche Reichstag festsetzen wird. Vorerst ist die Preisfrage für die Verbraucher nicht dringend, da in Deutschland, bei noch bestehender Zwangswirtschaft, viele Waren [illegible] Preise [illegible] werden. Im Gegensatz dazu [illegible] aber mangels aller Zufuhren von Danzig. Es ergeben sich [illegible] Preise, die jeder Landwirt aus [illegible] Berechnungen [illegible] Preise [illegible]

Soll nach der ersten Lesung [illegible] Bestimmungen erlassen werden, [illegible] eine Forderung der Preise [illegible] Hafer und Gerste [illegible] Preise [illegible] Preise [illegible] Preise

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 142 | Montag, den 21. Juni 1920 | 11. Jahrgang

Danzigs neue Verfassung.

4. Plenarsitzung des Volkstages vom 19. Juni 1920.

Die erste Lesung des Verfassungsentwurfs wurde fortgesetzt.

Präsident D. Reinhard brachte zur Kenntnis, daß der Abg. Aumund (Fr. W. V.) als 17. Mitglied in den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten berufen wurde.

Als erster Redner aus dem Hause sprach

Abg. Schümmer (Zentrum). Er verlangte eine von demokratischem Geiste erfüllte Verfassung, die den ruhigen Gang der Entwicklung gewährleistet. Redner nahm dann Stellung zu den grundsätzlichen Ausführungen unseres Abg. Dr. Zint. Dieser habe ganz richtig gesagt, die Parteien gruppieren sich nicht nur nach politischen und wirtschaftlichen Interessen, sondern nehmen auch vom Standpunkt ihrer Weltanschauung zu dem Verfassungsentwurf Stellung. Dr. Zint habe erklärt, die Sozialdemokratie strebe eine höhere Form des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens an, und sei der Ansicht, daß durch die Aenderung dieser Verhältnisse auch die Gestaltung des Charakters und der Gesinnung herbeigeführt werden könne. Schümmer stellte sich dem entgegen auf den Standpunkt, daß letzten Endes die Gestaltung auch der äußeren Verhältnisse von der Entwicklung und der Verfassung der Gesinnung des einzelnen Menschen ausgehen müßte. Die Verfassung müsse die Freiheit des Wortes und der Gesinnung gewährleisten. Die Minoritäten habe man zu schützen; der deutsche Charakter des Freistaates müsse jedoch unbedingt aufrecht erhalten werden. Der Artikel 92 des Verfassungsentwurfs, der die Simultanschule für den ganzen Freistaat vorsieht, sei für das Zentrum unannehmbar.

Abg. Aumund (Fr. W. V.) war der Ansicht, daß der vorgelegte Entwurf eine brauchbare Unterlage bei den Beratungen bilde. Zur Leitung des Staates gehöre Volkstag und Senat. Auf die Sachkunde der werktätigen Bevölkerung darf nicht verzichtet werden. Die zweckmäßigste Form dafür müsse noch gefunden werden. Vorteilhaft sei vielleicht ein Haus der Arbeit. Redner verwarf die parlamentarische Regierungsform für den Freistaat und verlangte die Führung der Geschäfte von Beamten. Zur Mitarbeit müßten alle Kreise herangezogen werden.

Abg. Dr. Loening (Deutschdem.) führte aus, daß der vorgelegte Entwurf Stückwerk sei, da aus Mangel an Zeit eine zweite Lesung nicht möglich war. Im großen und ganzen bilde er jedoch eine brauchbare Beratungsunterlage. Dies sei auch die Meinung hervorragender Autoritäten auf dem Gebiete des Staatsrechts. Das Volk allein soll seine Geschicke in die Hand nehmen, der Gedanke der Volkssouveränität müsse die Verfassung durchziehen. Redner wünschte eine einheitliche Verwaltung von Stadt und Freistaat und lehnte einen reinen rein politischen Senat, wie die Sozialdemokratie ihn will, ab. Den Volksentscheid begrüßte Dr. L. als demokratisches Grundprinzip, verwarf dagegen, auf Grund praktischer Erfahrungen, die Wahl der Richter durch das Volk.

Abg. Langowski (Pole) war mit einigen Bestimmungen des Entwurfs, die er nicht deutlich bezeichnete, nicht einverstanden. Der Freistaat Danzig sei aus dem Streit der Meinungen geboren. Ihm graue vor der Selbständigkeit Danzigs. (Gelächter.) Die Frage, ob Danzig souveräner Staat oder autonome Körperschaft ist, sei noch nicht entschieden. Besonders scharf wandte sich der polnische Redner gegen die Bestimmung, daß die Amtssprache deutsch sein soll. Er nannte dies eine Provokation der polnischen Bevölkerung und einen Anreiz des Pöbels zu Gewalttätigkeiten gegen Polen. Dieser Redner behauptete sogar, ohne einen einzigen Fall zu nennen — er ist Rechtsanwalt! —, daß in Danzig „vom Pöbel" polnische Badegäste belästigt und beschimpft wurden. So sprach aus ihm wohl nur die Verlegenheit über die polnische Brutalisierung Danzigs. Seine Kritik widerlegte sich selbst dadurch, daß er sich nur darauf stützen konnte, was Danzig nach dem ersten Entwurf des Friedensvertrages werden — solle und wie die frühere Ostmarkenpolitik war. Von Dr. Wagner usw. sprach er dagegen nicht! Er endete: Nur dann, wenn der Artikel 74 des Verfassungsentwurfs, der eine Benachteiligung der Polen verhindert, in die Verfassung aufgenommen werde, könne die polnische Fraktion dem Werk ihre Zustimmung geben.

Abg. Matschkewitz (Deutschnat.) sprach zunächst anerkennend über den Idialismus, der die Rede unseres Gen. Dr. Zint getragen habe. Der deutschnationale Redner lehnte den entschiedenen Sozialismus selbstverständlich ab und hatte natürlich auch Bedenken gegen die Demokratie. Die parlamentarische Regierung sei unannehmbar. Redner setzte sich dann mit den Polen auseinander und wies auf die Unterdrückung alles Deutschen in Polen und Pommerellen hin. Um die Notwendigkeit eines Jugendschutzes zu beweisen, verlas M. einige Sätze aus einem kommunistischen Flugblatt an die Fortbildungsschüler. Die Deutschnationalen werden genau wie die Unabhängigen, für eine getrennte Verwaltung der Stadt- und Freistaatverwaltung eintreten. Dann beschäftigte sich der Redner eingehender mit den Ausführungen des Unabhängigen Mau vom Tage vorher.

Abg. Plettner (Unabh.) legte Verwahrung ein gegen die Zumutung, daß das Verfassungswerk und der Vertrag mit Polen mit zu großer Hast fertig gestellt werden sollen. Redner trat für eine rein parlamentarische Regierung ein, ferner für ein allerdings bloß wirtschaftliches Rätesystem, das auch die geistigen Arbeiter umfassen solle. Einige geschmackvolle Bemerkungen über „Massenmörder" usw. hätte sich eigentlich derjenige im eigenen Interesse schenken können, dessen „Charakterfestigkeit" gerade auf diesem Gebiet noch gar nicht so alten Datums ist. Die eigene Stadtverwaltung solle von den Freistaatgeschäften getrennt geführt werden. P. forderte auch, nach unabhängiger Schablone, die Abschaffung der Sicherheitswehr. Zu tragisch nimmt jedoch kein Unabhängiger diese Forderung.

Dann erhielt Abg. Genosse **Gehl** das Wort zu einer bemerkenswerten Rede, die wiederholt durch Beifall und Zustimmung unterbrochen wurde. Er hielt Abrechnung mit den deutschnationalen Kriegsverlängerern und nahm dann Stellung zum Verfassungsentwurf. Wir geben seine Rede nachstehend ausführlich wieder.

Abg. Gehl (Sozialdem.):

Ich habe nicht die Absicht mich bei dieser Debatte in Einzelheiten zu verlieren, auch will ich nicht reden über den guten oder schlechten Schlaf der Danziger Behörden. Wenn Sie aber — nach rechts — für die Selbständigkeit des Danziger Volkes eintreten, dann müssen Sie auch eintreten für die Selbständigkeit aller Völker. (Sehr richtig!) Dann durften Sie auf keinen Fall Annektionsgelüste während des Krieges äußern. Insbesondere Sie, Herr Abgeordneter Matthaei haben in dieser Beziehung ungeheuer viel verbrochen. (Abg. Matthaei: „Ich habe nie Annektionsgelüste gehegt.") Ich erinnere Sie nur daran, daß als gestern der Abgeordnete Raube sprach, und darauf hinwies, daß die U. S. P. den Frieden unter allen Umständen haben wollte, wurde von der Rechten des Hauses der Zwischenruf laut, daß wir nur noch einige Tage hätten warten sollen, und der Verlauf ein anderer geworden wäre. Es fiel auch der Name meines Parteigenossen Scheidemann. Wenn Sie seinem Rate gefolgt wären, dann hätten wir diesen Schmachfrieden nicht erhalten. („Sehr richtig!" bei den Sozialdemokraten.) Das ist meine felsenfeste Ueberzeugung und geschichtliche Urkunden beweisen die Richtigkeit meiner Auffassung. Diejenigen, die noch meinen, daß wir noch einige Tage oder Wochen hätten warten sollen, möchte ich daran erinnern, daß Hindenburg sowohl wie Ludendorff es gar nicht erwarten konnten, so schnell wie möglich Schluß zu machen. (Nach den Sozialdemokraten!) Herr Schwegemann ruft mir eben zu: „Nach der Arbeit der Sozialdemokratie", das soll wahrscheinlich ein Vorwurf für meine Partei sein. Da kennen Sie meine Partei schlecht, Herr Schwegemann. Meine Partei stand von Anbeginn des Krieges bis zuletzt auf der Seite des Volkes und sie wird das deutsche und das Danziger Volk niemals im Stich lassen. Man hat uns bei der Schaffung der Bestimmungen über die Freie Stadt Danzig nicht gefragt, ob wir das Schicksal unserer deutschen Landsleute nach dem Kriege weiter teilen oder ob wir abgetrennt werden wollen. Es steht fest, daß diese kleine Scholle, auf der wir wohnen, uns nicht voll ernährt. Es fehlt uns an allen möglichen Nährstoffen. Aber auch an Rohstoffen ist ein ungeheurer Mangel. Heute ist die Frage noch ungeklärt, was aus den Reichs- und Staatsbetrieben werden soll. Daß wir ein großes Arbeitslosenheer haben, ist Ihnen nicht unbekannt. Die Lösung aller dieser großen Schwierigkeiten und Fragen erfordern den ganzen Mann und unsere ganze Kraft. Wir müssen uns in dieser Beziehung ziemlich einig sein, wenn wir uns überhaupt über Wasser halten wollen. Soviel steht fest, daß die Schwierigkeiten, unter denen wir im Freistaat zu leben gezwungen sind, uns nicht erlauben, große Experimente zu machen, sondern wir müssen arbeiten, damit wir Herr dieser Schwierigkeiten werden. Jetzt liegt ein Verfassungsentwurf vor. Eine Verfassung darf niemals Selbstzweck sein, sie soll Richtung und Ziel der späteren Verwaltung und Gesetzgebung bilden. Unsere Verfassung muß von freiheitlichem Geiste erfüllt sein, aber wenn sie den Geist haben soll, der hier von dem Zentrumsredner sowohl wie von dem Redner der Deutschnationalen Volkspartei empfohlen worden ist, dann danke ich für sie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verfassung muß es der Arbeiterschaft möglich machen, Anteil zu nehmen, an der Leitung der Geschicke der Danziger Bevölkerung. Ob es möglich sein wird, das vom Oberkommissar gewünschte Eilzugtempo einzuhalten, möchte ich bezweifeln. Wenn Sie, wie es ein Redner der Deutsch-demokratischen Partei während der Wahlbewegung wünschte, danach streben sollten, alle bürgerlichen Parteien zu einem Block zusammen zu legen, um ein weiteres Gleiten nach links zu verhüten (zu den Demokraten), die Medizin dieses Rezeptes dürfte Ihnen selber nicht gut bekommen. Ich bin der Meinung, daß sachliche Gründe bei der Beratung der Verfassung entscheiden müssen, und daß nicht Mehrheitsbildungen zustande kommen, um diese oder jene Gruppe zu majorisieren. Will man vielleicht Zwangsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft? Damit werden Sie den Geist, der in der Arbeiterschaft lebt, niemals ertöten. Druck erzeugt Gegendruck, das lassen Sie sich gesagt sein, mit Puttkammerschen oder anderen Streikerlassen ist nichts getan. Die deutsche Arbeiterschaft ging über den Puttkammerschen Streikerlaß hinweg, und die Danziger Arbeiterschaft über den Danziger, wenn ich ihn so nennen soll. Und nicht nur die Danziger Arbeiterschaft, ja selbst die Beamtenschaft hat sich nicht an den Streikerlaß gekehrt. Es waren in diesem Falle ja sogar die Eisenbahnbeamten, die dem Staatsrat ein Ultimatum stellten: „Staatsrat! bewilligst du nicht, bis nachmittags 2 Uhr, so ruht der ganze Verkehr." Also, Sie sehen mit Zwangsmaßnahmen ist nichts getan, darüber geht man hinweg, auch wenn Opfer gebracht werden müssen. (Sehr gut!) Selbst einem Bismarck gelang es nicht, mit Ausnahmegesetzen zu regieren. Als Wilhelm II., der Exkaiser, zur Regierung kam, da sprach er das große Wort: Die Sozialdemokratie überlassen sie mir. (Zuruf.) Und wo ist der Exkaiser Wilhelm II. nun geblieben? Vor allen Dingen kommt bei der Verfassung auch das wertvollste Gut der Nation in Frage: Der Schutz der Arbeitskraft, Schutz für Leben und Gesundheit. Wir alle wissen, daß uns nur Arbeit aus dem Chaos, in das wir hineingeraten sind, retten kann. Daher müssen die Arbeiterschutzbestimmungen besonders gut ausgebaut werden, damit uns die Arbeitskraft der Danziger Bevölkerung recht lange erhalten bleibt. Deshalb darf auch die Fachkontrolle der Bauten

---

Zwischen Himmel und Erde.

Roman von Otto Ludwig.

51) (Fortsetzung.)

Er scherzte zuweilen, besonders wenn er ihren Blick ängstlich auf seinem immer bleicheren Gesicht haften sah; aber sie merkte, daß trotzdem ihre Gesellschaft ihn nicht heiterer, nicht gesunder machte. Sie hätte ihn gern gefragt, was ihm fehle. Wenn er vor ihr stand, wagte sie es nicht: wenn sie allein war, dann fragte sie ihn. Ganze Nächte sann sie auf Worte, ihm das Geständnis abzulocken, und sprach mit ihm. Gewiß! hätte er sie weinen gehört, gehört, wie immer süßer und inniger sie schmeichelte und bat, die süßen Namen gehört, die sie gab, er hätte sagen müssen, was ihm fehlte. Ihr ganzes Leben war dann auf dem Wege zwischen Herz und Mund; trat es ihr einmal ins Ohr, hörte sie, was sie sprach, dann errötete sie und flüchtete ihr Erröten vor sich selbst und der lauschenden Nacht tief unter ihre Decke.

Dem alten braven Bauherrn vertraute sie ihre Sorge an. „Ist es ein Wunder," sagte er eifrig: „wenn einer anderthalb Jahre lang den Tag sich über Gebühr anstrengt und die Nacht bei Büchern und Briefen aufsitzt? Dazu die immer steigende Sorge durch den — Gott verzeih es ihm, er ist tot, und von Toten soll man nichts Böses reden — durch den Bruder: am Ende noch der Schreck, der mich drei Tage krank gemacht hat, über den — und wenn seine Witwe dabei ist — ich hab ihn nie besonders leiden können, und zuletzt am wenigsten. So ist die Jugend. Ich hab ihn hundertmal gewarnt, den braven Jungen. Und nun noch den vermaledeiten Schieferbruch! Ei was Gewissenhaftigkeit! Das ist keine, die nicht an die Gesundheit denkt!" Der alte Bauherr hielt der jungen Witib eine ganze lange Strafpredigt, die einem galt, der sie nicht hörte. Dann kamen sie überein, Apollonius müsse einen Doktor annehmen, wolle er oder nicht; und der Bauherr ging auf der Stelle zu dem besten Arzte der Stadt. Der Arzt versprach, sein Möglichstes zu tun. Er besuchte auch Apollonius, und dieser ließ sich des Arztes Bemühungen gefallen, weil die es wünschten, die er liebte. Der Arzt fühlte den Puls, kam wieder und wieder, verschrieb und verschrieb; Apollonius wurde nur noch bleicher und trüber. Endlich erklärte der tüchtige Mann hier sei ein Uebel, gegen welches alle Kunst zu kurz falle; so tief hinein, als wo diese Krankheit sitze, wirke keins von seinen Mitteln.

Apollonius hatte deshalb den Arzt sich verbeten. Er hatte wohl gewußt: für seine Krankheit gab es keinen Arzt. Wo der Bauherr die Ursache davon suchte, lag sie nur zum Teile. Die Ueberanstrengung hatte bloß den Boden für die Schmarotzerpflanze bestellt, die an Apollonius' innerm Lebensmark zehrte. In Gemütsbewegungen lag der Keim, aber nicht in denen, die der Bauherr wußte. Nicht in dem Schrecken über des Bruders Unglück, sondern in dem Zustande, worin der Schreck ihn traf. Die ersten Zeichen der Krankheit schienen körperlicher Natur. In dem Augenblick, wo der Bruder neben ihm vorbei in den Tod stürzte, hatten die Glocken unter ihnen zwei geschlagen. Von da an erschreckte ihn jeder Glockenton. Was ihm schwerere Besorgnis erregte, war ein Anfall von Schwindel. Aller Schrecken jenes Tages hatte ihm die Unruhe nicht verdunkeln können, die ihn nicht losließ, wenn er eine Ungenauigkeit an einer Arbeit gefunden, bis sie beseitigt war. Jeder Glockenschlag, der ihn erschreckte, schien ihm eine Mahnung dazu.

Schon den andern Morgen öffnete er, die Dachleiter in der Hand, die Ausfahrtür. Es war ihm schon aufgefallen, wie unsicher sein Schritt auf der Leitertreppe geworden war; jetzt, als er durch die Oeffnung die fernen Berge, die er sonst kaum bemerkte, sich wunderlich zunicken sah und der feste Turm unter ihm sich zu schaukeln begann, erschrak er. Das war der Schwindel, des Schieferdeckers ärgster, tückischster Feind, wenn er ihn plötzlich zwischen Himmel und Erde auf der schwankenden Leiter erfaßt! Vergeblich ströte er, ihn zu überwinden; sein Vorhaben mußte heute aufgegeben sein. So schwer war Apollonius noch kein Weg geworden, als der die Turmtreppe von Sankt Georg herab. Was sollte werden! Wie sollte er sein Wort erfüllen, wenn ihn der Schwindel nicht verließ! Noch denselben Tag hatte er auf dem Nikolaiturme etwas nachzusehen. Hier mußte er mehr wagen, als dort; die Glocken schlugen, als er am gefährlichsten stand, vom Schwindel fühlte er keine Spur.

Freudig eilte er nach Sankt Georg zurück; aber hier zitterte wieder die Treppenleiter unter seinen Füßen, und wie er hinaussah, nickten die Berge wieder, schaukelte wieder der Turm. Er war schon auf den untersten Stufen der Treppe, als oben ein Stundenschlag begann. Die Töne drangen ihm durch Mark und Bein, er mußte sich am Geländer festhalten, bis das letzte Summen verklungen war. Er machte noch Versuch über Versuch; er besserte alle Löcher und Türme mit seiner alten Sicherheit; nur zu Sankt Georg wohnte der Schwindel. Dort hatte er seine bösen Gedanken in die Arbeit hineingehämmert; er hatte damals schon gefühlt, er hämmere einen Zauber zurecht, ein kommend Unheil fertig. Tag und Nacht verfolge ihn das Bild der Stelle, wo er die Bleiplatten einzusetzen und den Zierat festzunageln vergessen. Die Lücke war wie ein böser Fleck, ein Fleck, wo eine Untat begonnen oder vollbracht ist, und kein Gras wächst, kein Schatten wird; wie eine offene Wunde, die nicht heilt, bis sie gerächt ist; wie ein leeres Grab, das sich nicht schließt, ehe es seinen Bewohner aufgenommen hat. War nur die Lücke geschlossen, dann hatte der Zauber keine Kraft mehr. Er konnte das einem Gesellen auftragen, aber der Gedanke, einen andern seine verwahrloste Arbeit nachbessern zu lassen, trieb das Rot der Scham auf seine bleichen Wangen. Und die Bleiplatte, von einem andern aufgenagelt, mußte wieder abfallen; die Lücke rief nach ihm und nur er konnte sie schließen. Oder den Gesellen faßte das Verderben, das er dort eingehämmert, der Schwindel, der dort wohnt, und stürzte ihn herab.

Seit das Weib des Bruders in seinen Armen gelegen, führte er ein Doppelleben. Er schaffte den Tag lang außen, nachts saß er in seinem Stübchen bei seinen Büchern; das spann sich alles mechanisch ab; er war trotz seines Kämpfens nur mit halber Seele dabei; die andere Hälfte hatte ihr Leben für sich, immer schwebte sie mit den Dohlen um die Lücke an dem Turmdach und brütete, welches kommende Unheil es sei, das er fertig gehämmert jenen Morgen. Seine Seele träumte den sündhaften Traum wieder durch, kämpfte den schrecklichen Kampf mit dem Bruder wieder durch. War es des Bruders Sturz, was er gehämmert hat? Dann fiel ihm ein, ob es nicht möglich gewesen, den Wahnsinnigen zu retten. Dann suchte er ängstlich nach den Möglichkeiten, wie der Bruder zu retten gewesen, und schreckte doch zurück, wenn er dachte, er könnte eine finden. Es hatte ihn des Bruders Schuld aus seinen Fugen gezerrt. Aber auch in seinem Brüten zeigte sich noch der Gegensatz zu des Bruders Natur. In jenem überwucherte die Selbstsucht die schlimme Anlage; in Apollonius überspannte sich, was gut in ihm war: seine Gewissenhaftigkeit, Anhänglichkeit und sein Sauberkeitsbedürfnis. Er wälzte nicht sein Schuld ab von sich auf den Bruder; er hob mit liebender Hand die Schuld des Bruders herüber auf sich. Denn immer klarer wird es ihm, daß er den Bruder noch zuletzt vor dem Sturze retten konnte. Er hätte die Wege, die es gab, damals finden müssen, wenn sein Herz und Kopf nicht voll gewesen wäre von den wilden, verbotenen Wünschen; hätte er dem Wahnsinnigen nicht gezürnt, den er hätte bedauern sollen. Ja, er hatte dem Bruder das Unheil fertig gehämmert mit seinen bösen Gedanken. Ohne die Gedanken war er früher mit seiner Arbeit fertig, und der Bruder fand ihn nicht mehr auf dem Turme; der Bruder kam zu spät und gewann Zeit, seinen Entschluß zu bereuen. Und war er noch oben, so war er der Stärkere, der Besonnenere, und mußte Mittel finden, das Unheil zu verhindern.

(Fortsetzung folgt.)

durch praktisch tätige Arbeiter nicht beseitigt werden. Es wird auch darauf ankommen ein Gegengewicht für die Arbeiterschaft zu schaffen. [illegible] in unserem Interesse trotz des gegenteiligen Gerüchtes noch eine große Anzahl Arbeitskräfte vor sich sieht beschäftigt werden, daß in den alten Gewohnheiten nicht einmal das allernotdürftigste festgehalten werden kann. Hier muß unter allen Umständen Wandel geschaffen werden. [illegible] Arbeiterschaft mit der Forderung des Betriebs einen modernen Betrieb [illegible] Abwehr gegen die [illegible] Bolschewismus [illegible] Gegenrevolution [illegible] Ententeimperialismus [illegible] Gegenrevolution [illegible] Ententeimperialismus [illegible] Gegenrevolution [illegible] Ententeimperial

Danziger Nachrichten.

Danzigs staatliche Verrufserklärungen.

Die Lohnbewegung der Danziger Schiffszimmerleute führt in ihren Folgen zu Erscheinungen, die uns sehr daran zweifeln lassen, daß wir tatsächlich schon im Juni des Jahres 1920 leben. Die schwarzen Listen der Unternehmer gehörten stets zu den heimtückischsten kapitalistischen Kampfmitteln im sozialen Ringen zwischen Kapital und Arbeit. Das organisierte Danziger Unternehmertum glaubt selbst nach der Revolution des November 1918 auf diese brutale Waffe nicht verzichten zu dürfen. Die Aushungerung der „unbotmäßigen" Arbeiter scheint ihm noch immer erlaubt. Diese soziale Blockade erweckt ja aber auch nicht Protest von bürgerlicher Seite.

Am Mittwoch konnten wir bereits den dokumentarischen Nachweis dafür liefern, wie systematisch die Organisation der Danziger Metallindustriellen die streikenden Schiffszimmerer auszuhungern sucht. Selbst die Möglichkeit, andere Beschäftigung außerhalb ihres Berufes zu erhalten, soll ihnen genommen werden. Das Schreiben des Danziger Verbandes der Unternehmer der Metallindustrie wendete sich an die Unternehmerorganisation des Baugewerbes mit dem Ersuchen, ausständige Schiffszimmerleute unter keinen Umständen zu beschäftigen. Dieser kapitalistische Terror wird aber noch von einer Seite unterstützt, von der man es am allerwenigsten erwarten sollte. Die Direktion der Danziger Werft, die frühere Reichswerft, stellt sich diesem Terror durchaus zu Verfügung und unterstützt ihn schrankenlos. Der bekannte günstige Wind führte uns neuerdings das nachstehende Schreiben auf den Redaktionstisch:

Danzig, den 17. Juni 1920.

An den
Verband der Metallindustriellen Ost- und Westpreußens. E. V.
Zweigstelle Danzig.

In Erledigung des dortigen Schreibens vom 14. Juni d. Js. übersendet die Danziger Werft anliegend 2 Listen der ausständigen Schiffszimmerleute.

Danziger Werft (früher Reichswerft), gez. Süßengut, Falk.

Beigefügt ist eine Liste mit den Namen von 354 Schiffszimmerleuten, die ganz genau mit Geburtsort, Vor- und Zunamen bezeichnet sind!

Wäre an der Echtheit des uns vorliegenden Dokuments nicht jeder Zweifel ausgeschlossen, so würden wir die Behauptung, daß die Werftleitung so handeln könne, für eine ungeheuerliche Beleidigung ihres Leiters halten. So steht es aber bombenfest, daß die Verrufserklärungen der privaten Unternehmerorganisation von der Danziger Staatsleitung unterstützt werden.

Wie skrupellos die Organisation der Danziger Metallindustriellen mit den schwarzen Listen arbeitet, lehrt ein uns zugegangenes zweites Schreiben an den hiesigen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe. Dieses hat folgenden Wortlaut:

An den
Arbeitgeberverband für das Baugewerbe
Hier.

In der Anlage übersenden wir Ihnen Listen der bei der Firma J. W. Klawitter in Streik getretenen Arbeiter mit der Bitte, keine Streikenden einzustellen.

Hochachtungsvoll
Verband der Metallindustriellen Danzigs,
gez. Voigt, Geschäftsführer.

Diesem Ukas lag eine Liste mit 280 Namen der Arbeiter von J. W. Klawitter bei, die mit dem Streik der Schiffszimmerer gar nichts zu tun haben, sondern von der Firma ausgesperrt worden sind!

Man fragt sich unwillkürlich, welchen Zweck diese systematische Verrufserklärung hat. Will man die Arbeiter etwa mit Gewalt provozieren? Braucht man etwa bestimmte Vorwände für gewisse Bestrebungen?

Wieder Bezugsscheine für Schuhe in Danzig.

Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, haben vor kurzem in Berlin Verhandlungen zwischen Danziger Vertretern und dem Reichswirtschaftsministerium stattgefunden, um die Belieferung der Danziger Bevölkerung mit Schuhwaren sicherzustellen. Dabei stellten sich die Berliner Behörden auf den Standpunkt, daß eine unbeschränkte Einfuhr dieser Artikel nach dem Freistaate Danzig noch nicht möglich sei, sondern daß man, ohne kleinlich sein zu wollen, Danzig nur im Rahmen des Wirtschaftsabkommens beliefern könne. Da auch in Deutschland noch längere Zeit ein fühlbarer Mangel an gutem Straßenschuhwerk zu spüren sein werde, müsse man notgedrungen zu einer Kontingentierung der Schuhversorgung Danzigs schreiten. Wann diese Kontingentierung eintritt, konnte noch nicht gesagt werden, daß sie kommt, scheint aber nach den Berliner Erklärungen unumstößlich. Eine in diesen Tagen nach Danzig gelangte Meldung besagt, daß das Kontingent für Danzig auf 200 000 Paar Schuhe usw. festgesetzt worden sei. Da im Freistaat Danzig bekanntlich 330 000 Einwohner zu versorgen sind, kommt bei dieser Menge noch nicht einmal ein Paar Schuhe oder Stiefel pro Jahr auf jede Person. Deshalb wird zur Sicherung einer gerechten Verteilung die Wiedereinführung des Bezugscheines nicht zu umgehen sein. Die demokratische „Danziger Ztg." sieht darin merkwürdigerweise die Drohung mit einem Uebel. Was eine Schutznahme besonders im Interesse der Aermeren ist, kann doch aber objektiv unmöglich als eine Belästigung angesehen werden, die mit dem Begriffe der Drohung verbunden ist.

Zur Lohnbewegung in den ehemaligen Staatsbetrieben.

Wie wir bereits berichteten, führten die Verhandlungen mit dem Danziger Werftverbande zu keinem Ergebnis, da dieser die Vorschläge der Arbeiter als nicht diskutabel erklärte und seinerseits andere Verhandlungsgrundlagen vorzuschlagen ablehnte. Daraufhin haben die Vertrauensleute aller Gewerkschaftsrichtungen einstimmig beschlossen, den Lohnstreit dem Schlichtungsausschuß zur Entscheidung zu unterbreiten. Die Schiffszimmerleute, die eine Sonderentlohnung anstrebten, haben beschlossen, ihre Forderungen auf einheitlicher Grundlage mit den übrigen Werftarbeitern zu stellen und dem Schlichtungsausschuß zu unterbreiten.

Zur Lage der Molkereigehilfen

wird uns geschrieben: Die Zustände, die in unserem Fach noch herrschen, sind haarsträubend. Speziell gilt das für Käsereien, die wir im Freistadtgebiet haben. Ausnutzung der Arbeitskräfte bis aufs äußerste, 14- bis 16-stündige Arbeitszeit im Sommer, Sonntags und Wochentags, und im Winter wenn es keine Milch mehr gibt, werden die Leute zum größten Teil entlassen. Die Bezahlung ist ganz ungenügend. Ich als Buttermeier habe 175 Mark monatlich bei freier Station ohne Wäsche, das macht bei der jetzigen Arbeitszeit gerechnet, etwa 35 Pf. pro Stunde. Die bessergestellten Verwalterstellen werden zum größten Teil von Schweizern besetzt, wie auch die meisten Käsereibesitzer Schweizer sind. Es wird sehr wenig Kollegen in ländlichen Bezirken geben, die mehr wie 200 Mk. Gehalt haben. Die Verwalter bekommen außer ihrem Gehalt noch Prozente. Brauchen sie weniger Arbeitskräfte, so bekommen sie mehr Prozente. Nur straffe Organisation sämtlicher Molkereifachleute kann da etwas ändern.

Führungen im Provinzialmuseum.

Zu der in unserer Ausgabe von Sonnabend, den 12. Juni enthaltenen Anzeige betreffend Führungen im Provinzial-Museum teilt uns die Verwaltung des Museums noch folgendes mit: Die Führungen, die am 16. Juni mit einer Erläuterung der Bernsteinsammlung begonnen haben, finden jetzt regelmäßig am Montag, Mittwoch und Freitag, abends 5½ Uhr, im Museum statt und dauern etwa je 1½ Stunden. In der zweiten Führung, die am Freitag, den 18. erfolgte, wurden die westpreußischen Säugetiere besprochen. Weiter werden am 21. Juni die Steinzeit in Westpreußen, am 23. Juni die westpreußischen Mineralien und Gesteine, am 25. Juni die Bronzezeit in Westpreußen behandelt, am 28. Juni werden die westpreußischen Brutvögel und am 30. Juni die vorgeschichtlichen Sammlungen aus der Zeit der Gesichtsurnen erläutert. Dann folgen am 2. Juli die Zug- und Strichvögel Westpreußens, am 5. Juli die Sammlungen aus der älteren Eisenzeit, am 7. Juli die einheimische Insektenwelt, am 9. Juli die Sammlungen aus der jüngeren Eisenzeit und am 12. Juli die Vorführung der Fauna der Eiszeit; womit dann die erste Folge von Führungen abgeschlossen ist. — Eintrittskarten sind täglich vormittags von 9 bis 1 Uhr und auch kurz vor Beginn der einzelnen Führungen im Museum im Grünen Tor erhältlich.

Ausgestaltung des städtischen Armenamtes zum Wohlfahrtsamt. Das Armenamt hat mit der Zeit in immer steigendem Maße seine Tätigkeit auch auf die außerhalb der öffentlichen Armenpflege liegenden Zweige der Wohlfahrtspflege und auf die verhütende und vorbeugende Fürsorge auf Kriegsfamilien-Unterstützung und Flüchtlingsfürsorge, Erwerbslosenfürsorge, Tuberkulosenfürsorge usw., ausdehnen müssen. Es erschien angebracht, dieses auch in der äußeren Bezeichnung zum Ausdruck zu bringen und das Armenamt zum Wohlfahrtsamt zu erweitern, in dem die Armenpflege im engeren Sinne nur ein Teilgebiet bildet. Das Armenamt führt daher fortan die Bezeichnung „Wohlfahrtsamt" und die von Frl. Pfleiderer verwaltete Abteilung „Wohlfahrts-Fürsorgestelle".

Schutz gegen Regenfluten auf Neugarten. Am Neugarter Tor ist die Verbreiterung und Befestigung der Straße nach dem Abbruch der Brücke durchgeführt. Man baut noch einen Kanal über die Straße, um die bei starken Regengüssen aus dem Schidlitzer Kessel kommenden Wassermassen abzufangen und sie dem Stadtgraben zuzuführen. Zahlreiche große und gut erhaltene behauene Granitblöcke sind beim Abbruch der Brücke gewonnen und vorläufig auf Neugarten gelagert worden. Die Straßenbahn durchfährt jetzt schon den neuen Brückenteil.

Der Schieber-Mordprozeß Pusdrowski beschäftigt die „beteiligten" Kreise sehr lebhaft. Am Sonnabend wurden die Eintrittskarten zum Zuhörerraum für die heute stattfindenden Verhandlungen ausgegeben. Dabei spielten sich unter einem fürchterlichen Ansturm geradezu unwürdige Szenen ab. Mehrere hundert Personen fanden sich schon früh 5 Uhr vor dem Gerichtsgebäude ein. Die Menge benahm sich beim Ansturm derart, daß Schirme und Stöcke zerbrochen wurden. Ein Schieber bot 25 Mark für eine Karte. Er wurde von einem Justizwachtmeister festgenommen.

Um ähnliche Vorkommnisse bei der Gerichtsverhandlung zu verhindern, wird heute ein Kommando Sicherheitswehr im Gerichtsgebäude die Ordnung aufrecht erhalten.

Für Aussperrung auf der Schiffswerft J. Klawitter wird uns mitgeteilt: J. Klawitter hatte einen Dampfer zu bauen für eine Werft, in der sich die Arbeiter im Ausstande befanden. Die Arbeiter lehnten dies als Streikarbeit ab, worauf die Werft 170 Mann aussperrte.

Einbruchdiebstahl in Neufahrwasser. In der Nacht zu Sonnabend sind Diebe in das Sefferiche Lokal „Zur Börse" eingedrungen und haben dort Vorräte im Werte von zirka 3000 Mark aus der Küche mitgenommen. Einer der Diebe ist verhaftet worden.

Auf der Straße vom Tode ereilt. Der Apotheker Paul Schmieder, wohnhaft Langfuhr, Johannisberg Nr. 6, der Sonnabend am Hafenkanal in Neufahrwasser spazieren ging, wurde dort plötzlich vom Tode ereilt. An der Schleusenstraße erlitt er einen Herzschlag. Ein sofort hinzugezogener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Oertliche Parteinachrichten.

Verein Arbeiter-Jugend, Danzig. Heute, Montag, und am Mittwoch, den 23. Juni, finden auf dem neuen Spielplatz am Karrenwall von 6 bis 8 Uhr Bewegungsspiele statt.

Polizeibericht vom 20. und 21. Juni 1920. Verhaftet: 52 Personen, darunter 11 wegen Diebstahls, 2 wegen Hehlerei und 9 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Arbeitslosenunterstützungskarte für Karl Bruder, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums. 1 goldene Damenuhr mit Monogramm im silbernen Armband, abzuholen von Frau Geiger, Goldschmiedegasse 32.

Standesamt vom 21. Juni 1920.

Todesfälle: S. d. Bildhauers Rudolf Wegner, 11 J. 4 M. — Heizer Friedrich Wohlert, 32 J. 6 M. — Arbeiter Aloys Natschke, 20 J. 6 M. — Elisabeth Herrmann, 14 J. 7 M. — Witwe Renate Buddel geb. Krause, 71 J. 5 M. — Schneiderin Margarete Kellermann, 42 J. 8 M. — Witwe Anastasia Marschall geb. Bendig, 52 J. 1 M. — Witwe Auguste Völcker geb. Hunzelmann, 81 J. 2 M. — S. d. Maschinisten Karl Gomm, 1 Tag. — S. d. Grenzwachtmeisters Johannes Biesalke, 4 M. — S. d. Schlossers Robert Riemann, 6 T. — Landwirt Franz Girsch, 27 J. 8 M. — Unehelich: 1 Knabe.

Wasserstandsnachrichten am 21. Juni 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Zawichost	+ 1,09	+ 1,09	Montauerspitze	+ 0,32	+
Warschau	+ 1,17	+	Pieckel	+ 0,53	+ 0,60
Thorn	+ 0,78	+ 0,70	Dirschau	+ 0,90	+ 0,83
Fordon	+ 0,74	+ 0,64	Einlage	+ 2,16	+ 2,13
Culm	+ 0,68	+ 0,60	Schiewenhorst	+ 2,38	+ 2,34
Graudenz	+ 0,82	+ 0,75	Wolfsdorf	0,10	0,08
Kurzebrack	+ 1,18	+ 1,14	Anwachs	+	Störung

Wintergarten.

Eine sportliche Sensation für Danzig.

Ab Mittwoch, den 23. Juni bis einschließlich 30. Juni finden auf der Bühne des Variete Wintergarten interna-

tionale Boxkämpfe statt. Dieser Premiere wird in den weitesten Kreisen lebhaftes Interesse entgegengebracht, da Boxkämpfe bisher in Danzig noch nicht gezeigt worden sind. Allabendlich kommen 2 Matches zu 10 Runden von je 3 Minuten zur Austragung, falls nicht schon in einer früheren Runde die Entscheidung durch knock-out fallen sollte; alsdann werden auch noch Herausforderungskämpfe stattfinden. Die Konkurrenz untersteht dem bestbekannten Boxfachmann Joe Edward, der in der Meisterschaft von London im Leichtgewicht Sieger blieb. Die Teilnehmer der Konkurrenz sind sämtlich professionelle Boxer, die in letzter Zeit in Berlin, wie auch in Breslau und Leipzig kolossale Erfolge zu verzeichnen hatten. Als hervorragendster Vertreter dieses Sportzweiges ist der deutsche Schwergewichtsmeister Otto Flint verpflichtet, der schon in Friedenszeiten, auch im Auslande bedeutende Erfolge erstritt und in den letzten Berliner Kämpfen im Zirkus Busch mit bedeutenden ausländischen Gegnern als Sieger hervorging. Die Direktion hat große finanzielle Opfer nicht gescheut, um zu den Kämpfen, die allabendlich spannende Gefechte bringen, nur die größten Boxer des In- und Auslandes zu verpflichten. Das Turnier dauert 8 Tage; eine Verlängerung der Kämpfe ist nicht möglich.

Aus dem Freistadtbezirk.

Das Gesamtergebnis der Kreistagswahlen

stellt sich wie folgt:
Es haben Abgeordnete erhalten:

Parteien	Im Kreise			
	Danziger Höhe	Danziger Niederung	Großer Werder	Zusammen
Sozialdemokraten	3	11	3	17
Bürgerliche	24	13	19	56
Unabhängige	4	2	7	13
Polen	1	—	—	1

Danziger Niederung. Verteilung von Lebensmitteln. In der Woche vom 21. Juni bis 27. Juni 1920 kommt auf Nr. 9 der Lebensmittelkarte für Erwachsene und Nr. 13 der Lebensmittelkarte für Personen über 65 Jahre ½ Pfund Graupen zum Preise von 0,75 Mark pro Pfund zur Verteilung. Ferner kommt auf Nr. 6 der Lebensmittelkarte für Kinder, Nr. 4 der Lebensmittelkarte für schwangere Frauen und Nr. 14 der Lebensmittelkarte für Personen über 65 Jahre ½ Pfund Gerstenmehl zum Preise von 1,80 Mark pro Pfund zur Verteilung.

Oliva. Butterverkauf. Auf Marke 10 der Speisefettkarte werden 125 Gramm Butter auf den Kopf der Bevölkerung verteilt. Der Verkauf findet wie folgt statt: 1. für sämtliche Kunden der Filiale Fleischau am 21., 22., 23. und 24. Juni von 7 bis 10 Uhr vorm. und zwar O—S am 21. Juni, T—Z am 22. Juni, A—F am 23. Juni, G—N am 24. Juni, 2. für die Kunden der übrigen Meiereien am 21. und 22. Juni 1920.

Lebensmittelverteilung. Von Montag, den 21. d. Mts. ab kommen zur Verteilung: 250 Gramm Margarine auf Marke 9 der Speisefettkarte zum Preise von 12 Mark pro Pfund in den bekannten Geschäften. — 250 Gramm Auslandshaferflocken, 500 Gramm ausländische Speisebohnen, 500 Gramm Kunsthonig, 500 Gramm Marmelade und 3 Schachteln Streichhölzer auf Marke P der Lebensmittelkarten in sämtlichen Geschäften. Die Kleinverkaufspreise betragen für ein Pfund Auslandshaferflocken 1,80 Mark, für ein Pfund ausländische Speisebohnen 2,65 Mark, für ein Pfund Kunsthonig 2,50 Mark, für ein Pfund Marmelade 2,— Mk., für eine Schachtel Streichhölzer 0,60 Mk. — 500 Gramm Nahrungsmittel auf Marke 4 der grünen Nährmittelzulagekarten zum Preise von 1,17 Mark pro Pfund bei Kaufmann Volkmann, — 250 Gramm Streuzucker auf Marke 13 der rosa Nährmittelkinderkarten bei Barzinski, Bohlen und Gottschewski zum Preise von 1,25 Mk. pro Pfund. — 250 Gramm Reis auf Marke 5 der grünen Nährmittelzulagekarten, Marke 14 der rosa und Marke 11 der lila Nährmittelkinderkarten in sämtlichen Geschäften zum Preise von 4,50 Mark pro Pfund. Wer die ihm zustehenden Waren bis Mittwoch, den 23. d. Mts., abends 6 Uhr nicht abgeholt hat, verliert das Anrecht darauf.

Zoppot. Verkauf von Reis und gezuckerter Marmelade auf Abschnitt 104 der Warenkarte für Einheimische sowie auf Abschnitt 16 der Warenkarte für Fremde 250 Gramm Reis zu 4,25 Mk. pro Pfund und 250 Gramm gezuckerte Marmelade zu 3,20 Mk. pro Pfund.

Verkauf von Erbsen und Bouillonwürfel auf Abschnitt 105 der Warenkarte für Einheimische und auf Abschnitt 17 der Warenkarte für Fremde 500 Gr. Erbsen zu 2,95 Mk. und 10 Stück Bouillonwürfel zu 4 Pfennig pro Stück.

Verkauf von Butter und Margarine auf Abschnitt 39 und 40 der Fettkarte für Einheimische sowie auf Abschnitt 15 und 16 der Fettkarte für Fremde 125 Gramm Butter zu 10 Mark pro Pfund und 250 Gramm Margarine zu 13 Mk. pro Pfund. Margarineverkauf von Montag, den 21. bis Mittwoch, den 28. Juni einschließlich, Butterverkauf von Donnerstag, den 24. bis Sonnabend, den 26. Juni, in den bekannten Verkaufsstellen.

Bücherwarte.

Vom **„Wahren Jacob"** ist soeben die 16. Nummer des 37. Jahrganges erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge: Bilder: Fatale Lage. — Thyssen und die öffentliche Meinung. — Die deutschen Agrarier. — Lloyd George und Millerand. — Die Streikwelle. — Kohlenteuerung. — Zur Wohnungsnot. — Text: Der Zeitungspolyp. Von Der Wahre Jacob. — Erlauchter Zorn. Von Pan. — Der „Herr Geheimrat" †. Von E. M. — Der Antisemiten. Von Phips. — Fabeln. Von W. E. — Confirmandenbeichte. Von E. S. — Wahres Wahlgeschichtchen. Von M. — Bieber Jacob! Von Jotte. — Ergründung. Von Ferdinand Kaufinger. — O du gesegneter Salzhering! Von Pan. — Einst und jetzt. Von Hermann. — Ja, unter Wilhelm . . . Von Cer. — Diplomatie. Von P. W. — Aus Pommern, Skizze von E. — Das Lied. Von Pan. — Ergänzungen zum Völkerbund. Von P. Riedel. — Gegenteiliger Ansicht. Von B. — Usw. usw.

Der Preis der Nummer ist 50 Pfg. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Briefkasten.

M. Scharpau. Wenden Sie sich an den Deutschen Landarbeiter-Verband, Danzig, 4. Damm 7, Eingang Hökergasse.

Chefredakteur Adolf Bartel.
Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Tagesteil und die Unterhaltungsbeilage Ernst Boops, für die Inserate Bruno Ewert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

Aus den Gerichtssälen.

Schleichhandel mit Wurst. Der Kaufmann Kurt Werner in Danzig hatte in seinem Kolonialwarengeschäft 18 Pfund Wurst, die er nach der Anklage unter Ueberschreitung der Höchstpreise verkaufen wollte. Der Angeklagte gab zu, daß er die Wurst unter Ueberschreitung der Höchstpreise gekauft und im Laden aufbewahrt habe. Er habe sie jedoch auf dem Lande herumbringen und in seine Verkaufsräume bringen wollen, da der Wurst nicht [illegible] war. Der Amtsanwalt plaidierte der [illegible] Angeklagte [illegible] Gefängnis und [illegible] Geldstrafe. Das Schöffengericht [illegible] Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, [illegible] Gefängnis [illegible] Geldstrafe beantragt [illegible]

Gebührlose Ehrung. Vor der Strafkammer hatte sich der Fischer [illegible] wegen tätlicher Beleidigung zu verantworten. Der Angeklagte hatte im Streitfalle mit dem Fischer [illegible] Ehrung [illegible] Kapitän [illegible] Fischer Ehrung [illegible] Kapitän [illegible] Der Kapitän gab [illegible] Schnaps mit einem [illegible] Erfolg und nahm [illegible] Es kam auch in der Berufungsinstanz [illegible] Der Angeklagte [illegible] Fischer [illegible] Angeklagte [illegible] Der Kapitän